

Antrag 2023/I/Soz/2

Kreis Hambur-Nord

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Seniorenstationen

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass Seniorenstatio-
- 3 nen gegründet werden, die alle Beratungsangebote für Seniorinnen und Senioren unter einem
- 4 Dach bündeln und für dezentrale Beratungs- und Versorgungsangebote sorgen.

5 **Begründung**

6 Das Ziel ist es, Seniorinnen und Senioren darin zu unterstützen, möglichst lange selbstbe-
7 stimmt in ihrem gewohnten Lebensumfeld zu wohnen. Dazu sollen Seniorenstationen einge-
8 richtet werden, die dezentral unter einem Dach als Beratungsstellen mit Versorgungsangebo-
9 ten in die Stadtteile wirken. Die Seniorenstationen sollen sowohl Seniorinnen und Senioren als
10 auch deren Angehörigen unterstützen und beraten. Die bereits etablierten Jugendberufsagen-
11 turen sind ein Erfolgsmodell, viele Bundesländern kopieren dieses Konzept. Die ganze Stadt im
12 Blick bedeutet auch, dass wir dieses Erfolgsmodell für Jugendliche auf Seniorinnen und Senio-
13 ren übertragen.

- 14 • Beratung und Information zu sozialen Unterstützungszahlungen (z.B. Wohngeld, Grund-
15 sicherung im Alter)
- 16 • Unterstützung bei der Beantragung und Überprüfung der Pflegeleistungen und Pflegestu-
17 fen
- 18 • Mehr-Generationswohnprojekte und -treffpunkte initiieren und vermitteln
- 19 • Aufsuchende Hilfen koordinieren
- 20 • Quartiersmanagement und Freiwilligenagenturen vermitteln
- 21 • Bundesfreiwilligendienstleistende für unterstützende Leistungen vermitteln
- 22 • Informationen und Anlaufstelle für das Konzept Hilfe für Wohnen, ggf. als Vertragsstelle
23 fungieren.

24 Oft fehlt es an Informationen für staatliche Unterstützungsleistungen bei den Betroffenen. So
25 beantragen laut SOVD weniger als 50% der Berechtigten Grundsicherung im Alter. Durch die
26 Reform des Wohngelds hat sich der Kreis der Berechtigten deutlich erhöht. Auch hier gibt es
27 erheblichen Beratungs- und Handlungsbedarf. Ähnliches gilt für Unterstützungszahlungen im
28 Rahmen der Energiepauschalen.

29 In einigen Bundesländern gibt bereits es Beratungs- und Versorgungsstationen für Seniorinnen
30 und Senioren.

31 Die SPD Schleswig-Holstein hat bereits 100 Stellen für ein ähnliches Programm beantragt.
32 Sie orientiert sich dabei auch an Modellen in Rheinland-Pfalz, Hessen und Bayern für Senio-
33 renstationen. Dabei wird auch an Gemeindefröhen gedacht, um die Lücken in den Ver-
34 sorgungsstrukturen zu schließen. Diese sollen die Angebotslücke zwischen gesundheitlicher,
35 pflegerischer und sozialer Unterstützung schließen, beispielsweise um Verbände zu wechseln,
36 aber auch um gegen die Infolge des demografischen Wandels zu beobachtende Vereinsamung
37 durch soziale Zuwendung einer Vereinsamung entgegenwirken.

38 Anders als in Dänemark werden Familien in Deutschland bei akut entstehendem Pflegebedarf
39 allein gelassen. Angesichts der demographischen Entwicklung würden die Seniorenstationen
40 auch zur Entlastung bei Familien durch Information, Beratung und Betreuungsangeboten bei-
41 tragen.

42 Die Kosten würden sich refinanzieren, weil sich mit präventiver Arbeit die Kosten im Gesamt-
43 system, beispielsweise für die Unterbringungskosten in Seniorenanlagen, sich verringerten.

44